

Der Merkel-Schmidt-Katastrophenfonds

Gastkommentar von Georg Anastasiadis

Im bayerischen Gesundheitswesen spielt sich eine Katastrophe ab: Patienten verzweifeln, weil sie keine Arzttermine mehr bekommen – und wenn sie doch welche bekommen, werden sie im Akkord abgefertigt, sofern sie Kassenpatienten sind. Mediziner treten zum ersten Mal in ihrem Leben in den Streik, weil sie keine Existenzgrundlage mehr für sich sehen. Andere haben den Kampf schon aufgegeben und ihre Praxen geschlossen. Es ist keine Naturkatastrophe, sondern eine von Politikerhand gemachte. Eine Katastrophe mit Ansage. Keiner jener Volksvertreter, die sich jetzt ebenso zahlreich wie theatralisch zu Rettern von Ärzten und Patienten aufschwingen, soll behaupten, er habe es vorher nicht besser gewusst. Selten war eine Großreform in ihren Wirkungen so präzise abschätzbar wie die Einführung des Gesundheitsfonds, und selten waren die Warnungen nahezu aller Experten so einmütig.

Zerschlagung von Strukturen

Nein, der Fonds ist kein Unfall: Die Berliner Regierung, allen voran Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt und in ihrem Schlepptau die Kanzlerin, haben die Zerschlagung der ärztlichen Versorgungsstruktur in Süddeutschland mit Bedacht betrieben, planvoll und in voller Kenntnis der Folgen. Der Gesundheitsfonds pumpt Milliarden aus dem wohlhabenden Süden in den Norden und Osten der Republik, ungeachtet der Lebensrealität, die Ärzte in Bayern und Baden-Württemberg mit weitaus höheren Praxiskosten konfrontiert. Die vernichtenden Folgen dieser Gleichmacherei im Gesundheitswesen sind jetzt zu begutachten, und das übertölpelte Volk darf wie zum Hohn die schlechtere medizinische Versorgung auch noch mit höheren Beiträgen bezahlen. Ulla Schmidt ist eine Revolutionärin, sie träumt von einem völlig neuen medizinischen Versorgungssystem, das eng an das Polikliniken-System der DDR angelehnt ist, welches offenbar auch bei der im Osten großgewordenen Kanzlerin nostalgische Gefühle weckt. Der selbstständige Arzt, aber auch der mündige Patient haben in diesem sozialistischen Experiment keinen Platz mehr.



Foto: privat

Georg Anastasiadis ist stellvertretender Chefredakteur des Münchner Merkur.

Schmidt ist fast am Ziel, denn immer mehr niedergelassene Ärzte werfen das Handtuch. Das Debakel um den Merkel-Schmidt-Katastrophenfonds ist auch ein Lehrstück, wie eine Große Koalition, wenn CDU und SPD zusammenhalten, Politik nicht nur gegen den Willen des Volkes durchsetzen kann, sondern auch

gegen den kleinsten Koalitionspartner CSU. Die bayerische CSU hatte 2006, als sie noch ihr Veto hätte einlegen können, nicht mehr die Kraft, den Fonds aufzuhalten. Ihr seit seiner Berlinflucht geschwächter Chef Edmund Stoiber, den das linke Lager (mit freundlicher Handreichung der Merkel-CDU) damals als „Dr. No“ dämonisierte, fürchtete als Preis für sein „Nein“ eine schwere Koalitionskrise und eine Zerreißprobe für die eigene Partei – übrigens auch, weil ein gewisser Horst Seehofer damals gemeinsame Sache mit Ulla Schmidt machte.

Vom Saulus zum Paulus

Erst jetzt, da dieser Horst Seehofer als bayerischer Ministerpräsident die auch für die CSU verheerenden Folgen des Desasters zu spüren bekommt (und die Ärzte in Scharen zur FDP überlaufen), wandelt er sich vom Saulus zum Paulus. Nur: Das Vernichtungswerk namens Gesundheitsfonds jetzt noch zu stoppen, ist nahezu aussichtslos. Dennoch verdient Seehofer jede nur denkbare Unterstützung bei seinem tollkühnen Versuch, den Fonds doch noch dorthin zu befördern, wo er hingehört: auf den Misthaufen der Geschichte!

Georg Anastasiadis

Gastkommentare entsprechen nicht immer der Meinung der Herausgeber.